

Gerdi Nützel

# „Wir müssen an einen Gott glauben, der liebt.“

## Ökumenische Friedensperspektiven

„Wir müssen an einen Gott glauben, der liebt.“ So gibt Navid Kermani die Antwort eines ukrainischen Priesters wieder, den er nach seiner Antwort auf die Fragen der Gläubigen gefragt hat. Sie wollten von dem orthodoxen Gottesmann wissen, warum Gott diesen Krieg der russischen Armee gegen die Ukraine zulässt.

Wie schwierig es ist, an der Liebe auch für russische Menschen festzuhalten, machen die Antworten anderer Ukrainer\*innen deutlich. Viele berichten von einem abgrundtiefen Hass auf alles Russische, ob Sprache, Literatur, Musik, sogar auf Verwandte jenseits der Grenze zu Russland, die der Propaganda Putins glauben. Diese heftigen Gefühle sind angesichts des gewaltsamen Todes vieler Ukrainer\*innen, der Zerstörung von Wohngebieten und der drohenden atomaren Verseuchung, der Flucht von Millionen in der Ukraine lebender Menschen nachvollziehbar und zugleich doch erschreckend.

Manche Ukrainerinnen verstehen andererseits nun das Leid von Menschen in anderen Weltregionen, die teilweise schon Jahrzehnte in Gewalt-, Not- und Kriegssituationen leben. Navid Kermani zitiert die 39-jährige Ukrainerin Olga: „Ich habe gelernt, wie sich die Menschen 2015 in Aleppo gefühlt haben müssen. Ehrlich gesagt, hat mich das damals überhaupt nicht interessiert. Ich habe gelernt, wie sich Menschen in Afrika fühlen, die hungern, die Angst haben, die nicht wissen, ob sie den nächsten Morgen sehen. Ich fühle jetzt physisch mit ihnen. Ich glaube, das war die wichtigste Lektion.“

### Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein

Was heißt es, sich in der jetzigen Situation als weltweite Ökumene für den Frieden einzusetzen? Mit dieser Frage in Kopf und Herzen machten wir uns als eine der Exkursionsgruppen bei der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Karlsruhe

auf den Weg nach Ramstein, zur größten US-Airbase außerhalb der USA. 50.000 US-Amerikaner\*innen, davon 20.000 Soldat\*innen, leben und arbeiten auf dem und rund um das 1400 Hektar große Militärgelände in der Pfalz bei Kaiserslautern. Gegenwärtig wird es um weitere 47 Hektar vergrößert, um ein neues Militärkrankenhaus mit 4000 Betten zu errichten, das größte US-Krankenhaus außerhalb der USA. Ramstein taucht in den Nachrichtensendungen immer wieder auf, sei es als Ankunftsstation nach den Evakuierungsflügen 2021 aus Afghanistan oder im Sommer 2022 als Treffpunkt von US-Präsident Biden mit den europäischen Verbündeten zur Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen die russische Armee. Es ist inzwischen die zentrale Relaisstation von US-Drohneinsätzen in Europa, Afrika und im Nahen/Mittleren Osten. Aufgrund der Erdkrümmung können diese nicht in den USA ausgelöst werden. Damit wird Ramstein in Deutschland zum Ausgangspunkt vieler Einsätze, mit denen bereits mehrere Tausende unschuldiger Menschen aufgrund falscher Lageeinschätzungen, ohne jegliches juristisches Verfahren und ohne juristische Konsequenzen für die Auslöser solcher Todesurteile um ihr Leben gebracht wurden, wie zum Beispiel DIE ZEIT am 25.8.2022 berichtete.

Ökumenische Friedensgruppen in Ramstein engagieren sich seit Jahrzehnten gegen die Existenz und die Auswirkungen dieser Militäranlage. Der Fluglärm, die Vergiftung des Grundwassers noch in 20 Kilometer Entfernung von der Airbase und aktuell die Angst vor einem nuklearen russischen Angriff zur Ausschaltung der Airbase sind ihre Hauptargumente gegen den Betrieb und weiteren Ausbau der Airbase. Zu den seit Jahrzehnten vor Ort engagierten Friedensgruppen gehört auch die ökumenische Frauengruppe „Frauen wagen Frieden“. Sie bezieht sich mit ihren Forderungen auf die Überzeugung Dietrich Bonhoeffers: „Es gibt



keinen Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muss gewagt werden, er ist das eine große Wagnis und lässt sich nie und nimmer sichern.“ Die Mehrheit der Bevölkerung in der Pfalz schätzte lange die ökonomischen Vorteile der Airbase. Scheunen wurden zu Wohnhäusern für Soldatenfamilien umgebaut, es gab viele Arbeitsplätze im Umfeld der Airbase, die Flugshows der Airbase waren eine beliebte Attraktion, bis 1988 bei einem Zusammenstoß zweier Jets über 70 Tote und mehr als 1000 Schwerverletzte zu beklagen waren. Wie könnte heute eine attraktive Konversionsstrategie aussehen, die die inzwischen beunruhigte Bevölkerung für den Weg zu einer zivilen Nutzung des Geländes ermutigt? So fragte sich und uns der evangelische Dekan von Kaiserslautern. Wobei es vermutlich kaum juristisch möglich ist, sich als deutsche Bevölkerung und Regierung für eine zivile Nutzung des seit der NS-Zeit militärisch genutzten Geländes zu entscheiden.

## Dialog und Versöhnung als bleibende Perspektiven

Für manche der Exkursionsteilnehmerinnen und -teilnehmer aus Deutschland, aus Estland und Finnland, aus den USA, Korea und Russland, war die Existenz dieser riesigen US-Militärbasis in Deutschland schockierend. Manche Ostdeutsche, die sich für die Umwandlung der von der Sowjetarmee Anfang der 1990er Jahre verlassenen Militärgelände in Naturschutzgebiete eingesetzt hatten, waren völlig überrascht, dass andere Alliierte weiterhin Militärgelände in Deutschland besitzen/besetzen. Die finnische Delegierte berichtete von den Zweifeln der langfristigen Auswirkungen des Meinungswandels der Bevölkerung zur NATO-Mitgliedschaft nach der Invasion der russischen Armee in die Ukraine – noch Monate vorher unvorstellbar. Der Erzbischof aus Estland wurde im Laufe des Tages immer stummer und doch zugleich innerlich immer aufgewühlter von der Frage, wie sich das christliche Friedenszeugnis und die ökumenische Überzeugung seit der Gründung des ÖRK 1948, dass Krieg nach Gottes Willen nicht sein darf, mit der Angst seines Landes vor einer erneuten russischen Okkupation verbinden lassen.

In der Erklärung der 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Karlsruhe zum „Krieg in der Ukraine, Frieden und Gerechtigkeit in der Region Europa“ wird die Stellungnahme des

Zentralausschusses des ÖRK im Juni 2022 bekräftigt, dass Krieg illegal und nicht zu rechtfertigen ist. Sie weist auf die Auswirkungen des Krieges hin und ruft zu einem Waffenstillstand, Dialog und Verhandlungen auf. Religiöse Symbole und religiöse Autoritäten zur Rechtfertigung des Krieges werden verurteilt. Für alle Opfer von Gewalt in der Ukraine, in der Region und weltweit wird zum Gebet aufgerufen und diejenigen werden gelobt, die den Geflüchteten helfen. Denjenigen, die zum Frieden und Dialog aufrufen, soll in Russland und in der Ukraine eine Stimme gegeben werden. Die Rolle des Ökumenischen Rates als Raum für den Austausch von Informationen, Solidaritätsaktionen, gemeinsamer Advocacyarbeit und Weggemeinschaft gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und für einen menschenwürdigen Umgang mit Migrantinnen und Migranten wird hervorgehoben.

Zugleich wird an der Vision eines gerechten Friedens und einer nichtmilitärischen Konfliktbewältigung festgehalten: „Als Antwort auf wachsende Militarisierung, Konfrontation und Proliferation von Waffen rufen wir die Regierungen Europas und der gesamten internationalen Gemeinschaft zu viel größeren Investitionen in die Suche nach und Förderung von Frieden sowie zur Stärkung von Maßnahmen zur friedlichen Konfliktbewältigung, zivilen Konflikttransformation und Versöhnungsprozessen anstatt in die Ausweitung von Konfrontation und Teilung auf.“

Für die Ukrainerin Olga heißt der Traum für die Zeit nach dem Krieg bei einer europäischen Menschenrechtsorganisation mitzuarbeiten, um ihre durch die eigenen Kriegserfahrungen gewachsene Empathie für ein friedliches und menschenwürdiges Zusammenleben in Europa wirksam werden zu lassen, von dem nicht nur Navid Kermani sagt: „Zu Europa gehört es auch, sich mit Feinden zu versöhnen.“

## Gerdi Nützel

Pfarrerin für internationale Studierende in der ESG Berlin

Zitate aus Navid Kermani, *Durch die Nacht. Die Ukraine im Krieg*, in: Ders. (Hg.), *„Was jetzt möglich ist“*, München 2022, S. 211-221.